

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

25 (30.1.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252361](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252361)

Norddeutsches Volksblatt.

111

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate: die vierspaltige Zeile
10 S., bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 5059.

Organ für Vertretung
der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Sant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Aufnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorauszahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 „
für 2 Monate 1,40 „
für 1 Monat 0,70 „
excl. Postgebühren.

Nr. 25.

Sant, Mittwoch den 30. Januar 1895.

9. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom Sonnabend den 26. Januar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Riebecking.
Das Haus legt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr.
die privatrechtlichen Verhältnisse der Waisenkindersorge, fort.

Abg. Zimmermann (Nnt.): Die Vorlage soll, wie der Herr
Staatssekretär hervorhebt, dringenden Bedürfnissen für die Inter-
essen abdecken, ihre Bestimmungen sollen den Interessen zu
gute kommen. Nun sind als Sachverständige hinzugezogen Vertreter
von Landeskammern und Schiffschlichtungsgesellschaften, von denen
letzte auch den Kaufleuten gleich zu achten sind. Kennzeichnend
für die Berücksichtigung und Wahrung der wirtschaftlichen Interessen
ist der Umstand, daß der Waisen-Schlichtung auf ein Geschäft eines
Betriebsvertrages der wirtschaftlichen Interessen um Berücksichtigung
der Kennzeichnung der Vorlage geantwortet hat: „Es liegt nicht
in der Absicht der Regierung, die Entschädigungen des Bundesrats
zu Kennzeichnung der Interessen zu bringen.“ Eine derartige Ab-
weisung würde in den beteiligten Kreisen förmlich Blut machen. In
dem Gewerbe der Schiffschlichtung herrschen förmlich Missethäter;
abzuheilen, ist aber die Vorlage nicht geeignet. Sehr bedenklich er-
scheint mir die Anweisung der Vorlage an das Gesetz. Ferner
ist der Begriff des Verschuldens bei den Schiffschlichtungen zu
weit gefaßt. Ein Verschulden dürfte nur angenommen werden,
wenn der Schlichter auch die genügende Sorgfalt außer Acht gelassen
hätte. Coburn möchte ich gemäß den Beschlüssen von Schiffschlicht-
sammlungen auch die Coentgegenstände für das Schiffschlichtergewerbe
in Betracht bringen, sowie daß die Entschädigungen zwischen Schlichtern
und Schiffschlichtern die Gewerbesteuer zufließen soll. Es, wie
die Vorlage jetzt ist, ist sie unannehmbar, weil in ihr das Ge-
schäft zu sehr begünstigt ist.

Abg. Wolfstein (Cent.): Es müßte in dieses Gesetz eine
Vorkehrung dahin aufgenommen werden, daß nicht durch Schiffschlicht-
berechtigte in Bezug auf Umfang und Dauer der Entschädigungs-
leistungen und in Bezug auf die Berechnung der Entschädigungen
die Schiffschlichter in die Lage in die Lage in die Lage in die Lage
zu hart, hier müssen Abänderungen eintreten. Sehr erwünscht wäre
auch eine Regelung der Arbeitszeit, wenn auch dagegen geltend ge-
macht werden ist, daß dies in die Gewerbeordnung gehöre.

Abg. Hahn (Nnt.): Auch ich kann nur sagen, daß die Schiffsch-
lichter zu wenig geübt sind. In Bezug auf Dauer und Höhe der Ent-
schädigung kann man nicht zu sehr uniformieren. In Bezug auf das Verschulden
zwischen Schlichtern und Waisenkindern hat man sich zu sehr an
die Gewerbeordnung gehalten. Bei der Gelegenheit möchte ich
die verschiedenen Regelungen gleich darauf aufmerksam machen, in
welcher Weise namentlich die Waisenkindersorge von den Steuer-
behörden ausgetrieben werden. Die ganze Lage des Schiffschlichter-
gewerbes ist sehr bedauerlich. Erwähnen muß ich auch die Un-
fälle unserer Hochseefischer bei den letzten Dampferunfällen.
Es wäre nöthig, daß die Regierung die Unfallversicherung auch auf
die Hochseefischer ausdehnt. Einverstanden, daß das geschieht, ist
jedoch zu wünschen, daß die Regierung für die armen bei jenen
Stürmen zu Schaden gekommenen eintreite.

Damit ist die Debatte beendet und wird die Vorlage an eine
besondere Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung eines ähnlichen Gesetzentwurfs, die
Hörschler betreffen.

Abg. Blase (Nnt.): Etwasliche Einwendungen gegen diese
Vorlage sind wohl nicht zu erheben. Der „Borwick“ hat allerdings
gemeint, die Mannschaften in der Hörschler und Schiffern würden
durch diese beiden Vorlagen gleichsam zu Dienstboten herabgedrückt.
Ich glaube aber, die Hörschler sind ein Geschlecht, welches zu Dienst-
boten nicht leicht herabgedrückt werden kann.

Abg. Weber (Cent.) wünscht eine Abänderung der Bestimmung
über das Waisenkind am Hofe.

Abg. Richter (B. G.) beantragte, die Vorlage an eine Kom-
mission zu verwiesen.

Abg. Gerlich (Soz.): Auch wir schließen uns dem Entschluß
auf Kommissionsberatung an. Doch will ich noch einige Wünsche
und Beschwerden hier im Plenum vortragen. Es wäre hier ge-
legenheit gewesen, die Grundsätze der kaiserlichen Verfassung aus dem
Jahre 1890 praktisch zu verwerten. Leider ist in dem Gesetzent-
wurfe keine Berücksichtigung der kaiserlichen Verfassung zu ge-
sehen. Nicht durch ungenügende Annahme, sondern durch unge-
nügende Ausführung kommen Schäden vor. Gerade der Kommissions-
bericht es sein, den Hörschler die nötige Sicherheit in den Betrieben
zu gewähren. Durch das Fehlen des Rettungsfahres bei der Aus-
richtung kommen die Hörschler oft in eine sehr schlimme Lage. Herr
Blase sagte, die Hörschler werden sich für die unvernünftigen Anträge
bekümmern, die sie auf eine so niedrige Stufe herabdrücken wollen.
Wir sind es, die gegen die Unterstellung des Hörschlers unter die
Polizei Protest einlegen wollen. Man sollte nach der Frage erörtern,
was mit dem Hörschler während der Nacht wird, wo er da bleibt.
Wenn einer der Geheimnisse gewungen werden sollte, nur eine
Nacht in einer so elenden Hütte zu verbringen, in der die Hörschler
schlafen können, man würde sofort eine Untersuchung in's Ge-
setz aufnehmen haben. So leicht ist nämlich. Die Dinge, die sich
manchmal auf den Hörschler abspielen, würden gewiß, wenn sie auf
dem Lande passierten, manchen Tierquälerverein zum Einschreiten ver-
anlassen haben. Die Leute sind allen Umständen der Bitterung aus-
gesetzt, es faulen ihnen vielfach die Glieder von den Hörschler; sie
haben kein Unterkommen und dabei soll der Hörschler das Recht
haben, seine Leute unter Umständen auf dem Hof festhalten zu
können. Gegen solche Bestimmungen müssen wir uns wehren. Ebenfalls
nichtig ist die Bestimmung über die Dauer der Arbeitszeit. Das
Hörschlergesetz ist noch mangelhafter als das Schiffschlichtergesetz.
Es wird sich hier noch mehr darum handeln, erst noch wirksame ge-
setzliche Grundlagen in das Gesetz hinein zu bringen. (Bravo bei den
Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Beratung und wird die Vorlage an dieselbe
Kommission, wie das Waisenkindergesetz, verwiesen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes, betr. die Bormann-
einer Berufs- und Gewerbeordnung im Jahre 1895.

Abg. Dr. Schönlank (Soz.): Der neueste Kurs des Reichs-
tags Kommissionsarbeit, aber in einem ist er dem alten Wege treu
geblieben, daß er eine außerordentliche Sache hat, vor einer gründ-
lichen Erörterung der sozialen Zustände auf dem Wege der kaiserlichen
Erhebungen. Das hat sehr viel Zeit gekostet, es hat die Reichs-
regierung das bedeutet hat, nachdem sie am 6. Juni 1892 die
erste Berufsgesetzgebung veranlaßte, eine neue Berufs- und Gewerbe-
ordnung zu fassen. Dreißig Jahre, die geradezu eine
Schätzung des Fortschritts der Revolution bedeuten, wie wir sie bisher
noch nicht gehabt haben; das wird ja auch von der Regierung zu
geben. Aber man hat für staatliche Erhebungen, die soziale Zu-
stände betreffen, wenig Geld und wenig Lust. Die Ausgaben für
den Militarismus, die sich nach Hunderten von Millionen belaufen,
sind so geringfügig, daß die lumpigen zwei Millionen, die die letzte
Berufsgesetzgebung gekostet hat — und die diesjährige wird nicht viel
mehr kosten — als ein großer Opfer erscheinen. Es ist aber nicht
allem die Schuld der hohen Kosten, es ist die Furcht vor der öko-
nomischen Entwicklung, die Furcht, bevor, am liebsten und schmerzhaftig-
sten, daß der Hochstand auf dem Lande wie in der Industrie
immer mehr um sich greift, die Furcht, bevor, schmerzhaftig, daß die
Waffenmarz, das Waffensend, das Waffensend sich freisetzt, und
verfälscht, die Furcht vor dem Eingehen, daß der Sozialismus
Kraft hat und die kapitalistische Gesellschaft im Innern ist. (Wider-
spruch rechts, sehr richtig! links.) Auf die heutige feststehende Sta-

tistik trifft noch heute das, was Marx vor 30 Jahren von ihm
gesagt hat, daß für, was die sozialen Maßnahmen betrifft, elend ist.
Man hat zwar eine Zahlenreihe gemacht, aber selbst es sich um
Arbeiterzustände handelt, lächerlich die lebenden Kräfte zu sein. Erst
das energische Drängen der Presse, besonders der sozialdemokratischen,
nötigt die Regierung, endlich Ernst zu machen mit einer neuen
Berufs- und Gewerbeordnung. Die Statistik ist aber schon im
Fundament schlecht, weil ihr eine internationale Vergleichbarkeit
fehlt. Was nun das Gesetz selbst betrifft, so bin ich gleich mit der
Literaturkritik nicht zufrieden. Das Wort „Gewerbe“ ist unglücklich
gewählt, man versteht darunter nicht nur die industrielle, Stoff-
verarbeitende Tätigkeit, sondern auch den Handel, den Handel und
die Handwerkskunst. Besser wäre die Unberuflichkeit Berufs- und Be-
triebsfähigkeit gewesen. Man hat dann nicht nur den Terminus zu
triebsfähigkeit gewählt. Man hat dann auch zu verstanden gesucht, daß die
weit hinausgeschoben, man hat auch zu verstanden gesucht, daß die
unabhängige Kritik, die Presse und die Abgeordneten im Stande
gewesen sind, die Vorlage zu prüfen, es ist es sich gebührt. Mit
großer Geheimnisfräulei sind die Formulare geheim gehalten
worden. Nur dadurch, daß ein sozialdemokratisches Blatt, die
„Rechts-Viertel“, die Formulare veröffentlicht hat, ist es möglich
geworden, daß der Herr Kollege Hahn im „Sozialpolitischen Zentral-
blatt“ eine eingehende Kritik hat geben können. Was steht für ein
Geheimnis in den Formularen? Warum benutzt sie der Bundes-
rat, wie eine Jungfrau den ersten Liebesbrief? Ja, es waren
Formulare, über die sich reden läßt, die einer gründlichen Durch-
prüfung bedürften. Eine Kommissionsberatung ist unbedingt nöthig.
wenn die Formulare ein Rahmen ohne Bild, in der Vor-
lage steht nichts drin und wir, der Reichstag, haben nur die Ge-
laubnis zu geben, daß ein Gesetz gemacht wird und die Geldmittel
zu bewilligen. Das ist eine staatsrechtliche Abnormität, daß ein
Theil einfach bestimmt, daß ein Gesetz gemacht wird und der andere
Theil über den Inhalt verfügt. Die Grundzüge der Erhebungen
müssen festgelegt werden. Es muß mindestens festgelegt werden,
was die Gewerben und Einzelkassen berechtigt sind, zu befragen
zu dürfen. Die letzten Formulare genügen den staatspolitischen
Anforderungen nicht. Die durch Kinder ausgeübten Handverle, die
Berufsgesetzgebung und Gesundheitsfragen, Regulaufgaben, Blumenverkauf
bleiben sonst ganz außer Betracht. Der Einfluß der Sozialdemokratie
kristallisiert sich auch hier wieder. Die Statistik wird nämlich gleichzeitig
eine Arbeitslosenstatistik. Leider werde aber die Statistik wieder im
Sommer aufgenommen werden, also in einer Zeit, in der ver-
hältnismäßig viel Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Andere Formu-
lare sind nöthig. Es müßte der Regierung keine Steine in den
Weg werfen, die Vorlage würde aber umgestaltet werden. Es be-
trifft die Berechnung an eine Kommission.

Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg behält sich vor, auf
die Punkte des Vorredners in der Kommission zu antworten.
Nun muß er nur betonen, daß die Formulare nur so lange geheim
gehalten werden sollten, bis sie von Bundesrat und Reichstag genehmigt worden
wären. Er habe nun aber ganz entgegengesetzten Zweck, einzu-
legen, daß der Bundesrat durch ein Gesetz der Furcht abgeholfen
werden soll, früher an die Statistik heranzugehen. Der Bundesrat
habe keine Ursache, vor der Sozialdemokratie zu zittern.

Abg. Dr. Hahn (Nnt.) ist mit der Berechnung der Vorlage
an eine Kommission von 21 Mitgliedern einverstanden. In der
Begründung fehle jede Angabe, ob außer der Berufsstellung in
dem Jahre noch eine Berufsstellung veranlaßt werden solle. Dem
14. Juni würde er auch für eine Arbeitslosenstatistik als einen sehr
ungelegenen Termin halten, vorausgesetzt, daß die betreffenden
Fragen nicht am 1. Dezember bei der Berufsstellung wiederholt
würden. Ferner müßte der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben werden,
ihre Wünsche bezüglich der Formulare zu äußern.

Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg erklärt, ein Beschluß
des Bundesrats über die Abhaltung einer Berufsstellung im

Der Kommunistenflüchtling.

13)

Eine Flucht der verschiedenartigsten Gefühle stürzte
auf die arme Gräfin ein; bewegt, erschüttert und endlich
zugleich, wollte sie antworten — da ertönte ein Gewehr-
schuß in dem Schloßhofe, dem gleich darauf andere Schüsse
folgten.

Die Gräfin zog häufig eine Glocke an. Ein Diener
trat ein.

„Was ist das?“ fragte sie.

„Ich weiß es nicht“, antwortete der zitternde Diener.

„Man kämpft in dem Schloßhofe — der Kommandant ist
im Begriff, mit seinem Detachement abzuweichen.“

„Der Mann, der mich begleitet, ist ohne Zweifel
draußen“, sagte der Graf; „sage ihm, daß er sogleich zu
mir komme.“

In diesem Augenblicke trat der Mann, den der Graf
begehrte hatte, häufig in den Saal.

„Der Graf“, rief er, „unser Leute greifen die
Kutschen an!“

„Wie?“

„Es sind die zusammengelaufenen Kerls von Barcelona,
ich habe sie gleich erkannt. Was soll geschehen?“

„Man erwartet meine Befehle und benachrichtigt mich,
sobald sich etwas Neues ereignet!“

Das Gewehrfeuer im Schloßhofe dauerte fort.

„Haben Sie, fliehen Sie“, rief die bedende Gräfin;
„diese Gewehrflüchtlinge werden die republikanischen Kräfte,
die in der Umgebung liegen, herbeilocken. — Ihr Leben
schwebt vielleicht in Gefahr — fliehen Sie!“

„Fliehen soll ich, Eugenie, in dem Augenblicke, wo
ich ein Glück genieße, nach dem ich mich so lange gesehnt

habe? Ich soll fliehen, wenn Deine liebste Stimme zittert,
wenn Deine Hand die meine drückt? Ich wähle lieber
den Tod, als in diesem Augenblicke die Flucht!“

„Bei dem Himmel, bei der Liebe, von der Sie vorhin
sprachen, befehlen Sie die erste Verzweiflung und entfliehen
Sie! Entziehen Sie Ihr Haupt den rachsüchtigen Händen
Ihres Feindes! Hören Sie — das Kampffieber verdoppelt sich
— es ist um Sie geschehen, wenn Sie noch länger bleiben
— ein vertrauter Diener soll Sie führen — wenn Sie mich
lieben.“

„Ja, ich kann fliehen“, rief der Graf, indem er mit
Beidenhänden seine Frau umschlang, „ich kann fliehen, wenn
Du mich begleitest. Doch Du vor meinem unruhigen Leben
nicht zurück, ist Deine Liebe stark genug, daß Sie Dich
diesen furchtbaren Wunden vergehen läßt — dann fliehen
wir zusammen!“

Die Gräfin wollte sich der Umarmung entziehen; der
Rach einer starken Gewehrflucht machte sie erschauern. Man
hörte das Schreien der Kämpfenden, die beschallenden Stim-
men der Offiziere und das Geheul der Verwundeten.

„Ich fürchte mich, wenn ich fliehe, daß Sie mich
noch lieben!“ fuhr der Graf schmerzhaft fort. „O wie
thöricht war die Annahme, daß meine Gewissensbisse mein
Schmerz, meinummer und meine Liebe meine Fehler und
Verirrungen verzeihen könnten!“

In dem Vorzimmer ließ sich ein Getöse vernehmen;
gleich darauf öffnete sich die Thür und der Gefährte des
Grafen trat ein.

„Unsere Leute sind in die Flucht geschlagen“, berichtete
er häufig; „und ein neues Detachement der Kräfte rief
an. Wir haben keinen Augenblick zu verlieren, wenn wir
unsere Flucht noch ermöglichen wollen!“

„So fliehen wir, fliehen wir!“ rief die Gräfin, indem
sie ihren Gatten mit sich fortzog.

Eine Abtheilung Republikaner drach gewaltsam in den
Saal ein, an ihrer Spitze befand sich ein Mann mit einer
breiten Schärpe: es war der Oberst Rodrigo. Ihm zur
Seite ging Charles, mit leichten Wunden und Blut bedeckt;
durch einen Beschuß und Drohen mit dem Degen hielt er
die hereinströmenden Freiwilligen zurück.

Der Oberst trat dem Grafen näher und sagte mit
feierlicher Stimme:

„Im Namen der Republik mache ich Sie zu meinem
Gefangenen!“

„Rück?“ fragte kaltblütig der Graf, „und aus welchem
Grunde?“

„Sie sind der Graf von Alcega, der Führer von einer
Carlislebande, und aus diesem Grunde verhafte ich Sie!“
antwortete er.

„Ich sehe, daß man über meine Person genau unter-
richtet ist“, sagte der Graf. „Meine Herren, ich sage mich
Ihren Befehlen. Dann wachte er sich zu Charles: „Meine
Herren, Sie treiben ein niederträchtiges Handwerk; ich
wünsche, daß es Ihnen reichlichen Gewinn bringen möge!“

Dann überließerte er sich den Händen der Freiwilligen.
„Mein Gemahl“, rief die Gräfin, indem sie sich an
seine Brust warf, „ich folge Dir!“

Auf einen Wink des Obersten führte man den Grafen
aus dem Saale. Eugenie hielt seinen Arm umschlungen.
Indem sie an dem Kommandanten vorbeiging, flüchelte
sie ihm im Tone der tiefsten Verachtung zu:

„Dieser Verrath ist niederträchtig!“

Die Befehle des Kommandanten läßt sich nicht
beschreiben.

„Kommandant Rodrigo“, rief der Oberst, „ich be-
auftrage Sie, die Gefangenen nach Barcelona zu führen.
Vergessen Sie nicht, daß Sie für die Verantwortlichkeit haften!“

(Fortsetzung folgt.)

Dezember sei noch nicht gefast worden, er könne dieselbe aber mit großer Sicherheit prognostizieren, da sich die größeren Bundesstaaten für dieselbe ausgesprochen hätten. Es sei auch wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit die Fragen über die Arbeitslosigkeit nicht mehr vorbrägen würden.

Abg. Dr. Schönlank bemerkt, die Geheimhaltung der Formulare sei nicht nur dem seiner Partei, sondern auch den anderen Seiten schädlich gewesen. Nicht dem Bundesrat habe er durch den der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, sondern der bürgerlichen Gesellschaft.

Abg. Dr. Vöge (Zentr.) beantragte, eine Kommission von 14 Mitgliedern zu wählen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der kaiserlichen Verordnung, betreffend die Schenkung eines Schlosses an Spanien und den spanischen Kolonien einverleibte Baaren vom 28. Mai 1894.

Abg. v. Salisch (Kons.) beantragte, daß die Nachvollkommenheit des Bundesrats im Falle der Resolution, dieselbe wie im Vorjahre bei der zweiten Lesung, wieder einbringen.

Es sprechen noch Ramm (Kons.) und Dr. Hammacher (Nat.) für die Resolution, worauf die Debatte geschlossen wird. Die zweite Lesung wird aufgeschoben.

Politische Rundschau.

Bonn, den 29. Januar.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, besteht aus folgenden Abgeordneten: Bredt, Graf v. Bernstorff (Bauernburg), Brockmann, Dr. v. Buchta, Stellvertreter des Vorsitzenden, Frh. v. Gillingen, Günther, Homburg, Schriftführer, Benmann, Berno, Dr. v. Marquard, Wolfenbüttel, Mundel, Schriftführer, Radloff, Dr. Viesel, Schriftführer, Fürst Radziwill, Rembold, Dr. Rintelen, Vorsitzender, Roeren, Schriftführer, Schöke, Schmidt (Frankfurt), Schmidt (Wartburg), Schroeder, Spahn, Tugauer, v. Vollmar, Werner, Will, v. Winterfeldt-Mentke.

Die Kommission zur Beratung des Umsturzgesetzes nahm den § 111a nach einem Antrag Vöge, wonach die Strafe nur dann tritt, wenn das bezeugte Verbrechen in einer Weise oder unter Umständen anstreift oder erlaubt darstellt, die geeignet sind, andere zur Begehung strafbarer Handlungen anzureizen. Die Kommission beriet dann die Paragraphen, auf die sich § 111a bezieht.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages beriet am Freitag den vom Ausschusse des Bundes der Landwirte umgeformten Antrag Ramm auf Verstaatlichung der Getreideverteilung, dessen wesentliche Milderung darin besteht, daß die Verkaufspreise des Getreides nach den Durchschnittspreisen der Jahre von 1850 bis 1890 festgelegt werden. Der Vorstand der Vereinigung wurde beauftragt, mit dem Zentrumsvorstand eine Geschäftsordnung festzusetzen, die den dazu geeigneten Mitgliedern des Zentrums den Eintritt in die wirtschaftliche Vereinigung ermöglicht. Es wurde vorgeschlagen, die Abkündigung über den abgeordneten Antrag Ramm erst nach dem Eintritt des Zentrums vorzunehmen; andererseits wurde betont, nicht länger mit dem Antrage Ramm zu warten.

Der Bundesrat hat, wie bereits kurz gemeldet, in seiner Sitzung am Freitag dem Antrage der betreffenden Ausschüsse zu dem Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, dem Ausschussbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches, dem mündlichen Ausschussbericht über die Vorlage, betreffend die Bekämpfung der abgestempelten Schulverschreibungen der russischen ersten Staats-Prämienanleihe von 1864, dem Ausschussbericht über den Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsass-Lothringen für 1895/96 die Zustimmung, und dem Antrag des IV. Ausschusses zu den Entwürfen von Bestimmungen, betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen, sowie dem Ausschussbericht über den Entwurf einer Verordnung wegen des völligen Inkrafttretens der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891 die Zustimmung mit einigen Änderungen erteilt, ferner den Gesetzentwurf über die Ausführung des mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs und den Gesetzentwurf wegen Änderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschafts-Gewerkschaften vom 1. Mai 1879 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf für Elsass-Lothringen, betreffend die Sparskassen, soll dem Landesausschusse unverändert wieder vorgelegt werden.

Die Reichseinnahmen im Dezember haben bei den Einnahmen an Zöllen und Verbrauchsabgaben gegen den Dezember des Vorjahres ein Plus von 230 200 Mk. ergeben. Die Zölle insbesondere ergaben ein Plus von 826 380 Mk. Die Waischottsteuer aber hat ein Minus ergeben von 375 622 Mk. und ebenso die Verbrauchsabgabe für Branntwein ein Minus von 419 016 Mk. Dagegen hat die Branntwein ein Plus ergeben von 93 060 Mk. Insgesamt beträgt jetzt die Mehreinnahme der ersten 9 Monate des Etatsjahres gegen das Vorjahr bei Zöllen und Verbrauchssteuern 31 411 320 Mk. Bei den anderweitigen Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern hat sich das Mehr gegen das Vorjahr im Dezember erhöht von 33 721 146 Mk. auf 34 219 365 Mk. Hier beträgt insbesondere das Mehr aus den Zöllen im Dezember 1 605 335 Mk. Bei den Stempelsteuern hat sich im Dezember die Rechnung gegen das Vorjahr wie folgt gestellt: Bei den Steuern auf Wertpapiere hat sich die Mehreinnahme von 3 705 652 Mk. auf 4 118 731 Mk. erhöht, bei den Kauf- und Ankaufsgeldern von 4 566 150 Mk. auf 5 326 598 Mk. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung hat sich im Dezember das Mehr

gegen das Vorjahr erhöht von 8 341 713 Mk. auf 9 884 174 Mk. bei den Reichseisenbahnen von 702 000 Mk. auf 817 000 Mk.

Vom Gewährungsmann des Herrn von Köller, dem Polizeipräsidenten, schreibt die „Volksztg.“: „Das Herr Reuß bei der Beratung der Umsturzvorlage im Reichstage eine Rolle spielen werde, hat dieser Herr schon vor Wochen geahnt. Wie wir erfahren, hat er sich nicht lange nachdem die Umsturzvorlage an den Reichstag gelangt war, an einen bekannten Abgeordneten der freikümmigen Volkspartei gewandt mit der Frage, ob sich dieser seiner nicht annehmen wolle gegen die Verfolgungen von sozialdemokratischer Seite. Zum Beweise, daß er kein Spieß sei, legte Herr Reuß in die Hände des betreffenden Abgeordneten eine Anzahl von Papieren nieder, die gegenüber dem gegen ihn erhobenen Anschuldigungen seine „Unschuld“ darthun sollten. Es befanden sich darunter Empfehlungsschreiben von hochgestellten Beamten u. d. Abgeordneten, den sich Herr Reuß zu seinem parlamentarischen Kavalier erkoren hatte, gewann indes aus dem Studium der Papiere nicht die Überzeugung, daß er dem Bundesrat des Herrn Reuß willfahren müsse. Später hat, wie Herr v. Stumm in der „Umsturz-Kommission“ mitteilte, Herr Reuß versucht, sich unter den hochmögenden Schutze dieses Abgeordneten zu stellen. Ob Herr v. Stumm dem Bundesrat des Herrn Reuß, ihm den Sozialdemokraten gegenüber die Stange zu halten, etwa noch im Plenum nachkommen wird, wo ja Herr Reuß, ein ständiger Besucher der Journalisten-Tribüne, noch eine Zukunft vor sich haben dürfte, muß abgewartet werden.“

Der Kaiser und die sozialdemokratische Jugendliteratur. Der „Vorwärts“ berichtet, daß der Kaiser, im Laufe des Festtags mit Besuche beschäftigt, dabei auch auf einen Aufsatz über sozialdemokratische Jugendliteratur gestoßen sei. Er habe diesen aufmerksam gelesen und dann zu dem anwesenden Herrn v. Lucanus geäußert, ob sich gegen diese sozialdemokratische Jugendliteratur nicht etwas thun ließe — worauf der besagte Herr v. Lucanus, der ja auch sonst neuerdings zu großer Verühmtheit gelangt ist, versprochen habe, sich darüber mit dem Justizminister in's Einvernehmen zu setzen. — Ob es nun wirklich den Herausgebern unserer Jugendliteratur an den Kränzen geht, muß abgewartet werden.

Was ohne Umsturzvorlage schon heute möglich ist, lehrt ein Prozeß, der am Dienstag vor der Strafkammer in Brandenburg verhandelt wurde. Angeklagt war der frühere verantwortliche Redakteur der „Brandenbg. Ztg.“, Emil Simon, wegen „wissenschaftlicher“ Verleumdung und Behauptung von erkrankten oder einseitigen Tatsachen, durch welche Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich gemacht werden“ (§ 131 Str. G. B.). Die „Brandenburger Zeitung“ hatte am 27. November v. J. in Nr. 276 einen Leitartikel betitelt: „Gustav Adolf. Ein Fürstenspiel zu Lehr und Ruch der deutschen Arbeiter“, zum Abdruck gebracht. In dem Artikel wird verschiedenes für aus dem Hause Hohenzollern nachgelagert, sie hätten sich im 16. Jahrhundert der Reformation aus eigennützigen Motiven angeschlossen. Durch den betreffenden Passus sollte das zur Anlage stehende Vergehen begangen sein. Es wurde deshalb die „Brandenburger Zeitung“ beschuldigt, sowie eine erfolgreiche Hausdurchsuchung der Verleumdung nach dem Manuskript abgehalten. Der erste Staatsanwalt bei dem Landgericht zu Potsdam, Freiherr v. Meul, vertat die Anklage persönlich. Derselbe beantragte zunächst den Ausschluß der Öffentlichkeit unter der Begründung, daß dies bei Majestätsbeleidigungen üblich sei und was den Lebenden recht, das sei den toten Hohenzollern billig. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab. Als Sachverständigen hatte der Staatsanwalt den Gymnasial-Professor Heidemann, Lehrer der Geschichte und Theologie am Grauen Kloster zu Berlin, laden lassen. Derselbe hob drei Hohenzollern hervor, die in der Geschichte der Reformation eine Rolle gespielt, einer davon sei noch katholisch gewesen. Von den übrigen beiden befandete Professor Heidemann, daß sie die Kirchengüter nicht angestastet hätten, „weil sie sich nicht von der Lauterkeit der reinen Lehre“ überzeugt hätten“. Sodann führte er aus den Archiven einige Fälle an, welche beweisen sollten, daß Joachim II. bei der Eingebung der Kirchengüter mit „äußerster Vorsicht“ vorgegangen sei. Der Staatsanwalt führte aus: „Wir sind in der Nothwehr; die Sozialdemokraten untergraben uns unsere Existenz; wir müssen kräftige Mittel gegen sie anwenden.“ Die „Brandenburger Zeitung“ spreche allerdings nur von Hohenzollern, die seit 300 Jahren todt sind, aber da die Tendenz der Sozialdemokratie darin bestehe, die Monarchie abzuschaffen, so seien die Sünden der verewigten Hohenzollern offenbar nur aufgedeckt worden, um die lebenden Hohenzollern verächtlich zu machen. (!) Damit sei die Anforderung des § 131 erfüllt. Für die „erhöhten“ Behauptungen des Artikels bezog sich der Staatsanwalt auf das Gutachten des Professors Heidemann. Dafür, daß der Angeklagte dieselben wider besseres Wissen verbreitet, genüge der dolus eventualis, denn wenn er nur daran gewisse, habe er wider besseres Wissen gehandelt. Jeder ruhige Denker müsse sofort einsehen, daß die damaligen Hohenzollern nicht lutherisch geworden seien, um die Kirchengüter einzunehmen. Ihre feinen Schwächen hätten sie wohl gehabt, wie es ideale Menschen überhaupt nicht gebe und wenn einmal die Kirchengüter beimgeräumt worden wären, so hätten sie natürlich mit ausgegriffen, aber jeder Gebildete müsse einsehen, daß sie aus inniger Überzeugung von dem lauternden Worte Gottes zur lutherischen Religion übergetreten seien. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Remy (Potsdam), hob hervor, daß

§ 131 in keinem Punkte auf den zu Artikel anwendbar sei. Im Gegenlag zu Professor Heidemann führte er Melandton, Friedrich II. und die „Kreuz-Zeitung“ an, welche einst darin wären, daß die Wiedereingabe der Kirchengüter das Motiv Joachim II. bei seiner Wiedereingabe zur Reformation gewesen. Der Gerichtshof fand keine der im 131 enthaltenen Bestimmungen, durch welche der Artikel verlegt, lehnte zudem ein Urteil über historische Forschungen ab und erkannte auf die Freisprechung des Angeklagten und Aufhebung der Beschuldigung der Zeitung. — Wenn heute schon der Versuch gemacht wird, solche Kränze zu einer der historischen Kritik entzogenen Staatseinrichtung zu machen und was läßt sich dann von den neuen Paragraphen der Umsturzvorlage erwarten!

Die hohen Gehälter der Postunterbeamten. Der Schutzmacher P. Hänel war Posthilfsbote in Herrmannsdorf, Kreis Jauer in Schlesien, geworden und veruntreute in der Zeit vom 25. Juni bis 25. Okt. v. J. in 6 Fällen 126,25 Mk. Vor Gericht gelang es die Veruntreuung ein, erklärte aber, daß er es in seiner Noth getan habe, Niemand sei zu Schaden gekommen, da er Alles immer wieder erledigt. Sein Gehalt betrug monatlich 45 Mk. Die Nothlage wurde anerkannt und dem Betroffenen mildernde Umstände in Folge dessen ausgebilligt. Trotzdem lautete das Urteil auf 9 Monate Gefängnis.

Die fürsorgliche Polizei beschlagnahmte in Biegnitz sämtliche Fragebogen, die zur Aufnahme der Arbeitslosenstatistik bestimmt waren, weil — die Angabe des Druckers und Verlegers fehlte. — Und Biegnitz war gerettet!

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer in Halle a. S. den Arbeiter Tischfeld aus Reuthberg bei Döberberg zu neun Monaten Gefängnis. — In Regensburg wurde der Genosse B. Schade, Schneider, wegen Verdrachts der Majestätsbeleidigung verhaftet.

Wegen Gensdarmen-Beleidigung, begangen durch die von ihnen verfasste Broschüre „Was rettet uns?“ wurden die Genossen Schönwald und Bunte in Dortmund zu je zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der mitangeklagte Drucker der Broschüre, Rühle, sowie der Kolporteur Scheibler erhielten Geldstrafen zuerkannt.

Belgien.

Brüssel, 26. Jan. Die belgische Kammer hat kürzlich die Zibetrachtung des Gesetzentwurfs beschlossen, der von den sozialistischen Deputirten eingebracht worden ist, und Pensionisten für die belgischen Bergarbeiter beantragt. Die Zehen und Arbeitgeber sollen 10 Centimes für den Tag und jeden Arbeiter, die Bergarbeiter täglich auf 10 Centimes und der Staat 13 Centimes für den Tag und Arbeiter zu dieser Kasse einzahlen. Erforderlich sind nach statistischer Aufstellung 16 110 Pensionen, die jährlich 9 666 600 Franken erfordern. Die Staatskasse hat hierzu 6 Millionen Franken zu zahlen. Der Arbeitsminister Dr. Bruyn machte Vorbehalte geltend gegen diese den Bergarbeitern in Aussicht gestellte Bevorzugung und der katholische Arbeiterdeputierte Dr. Schatenaers kündigte die Einbringung einer Vorlage an, die allen Arbeitern Pensionen sichert. Die Kammer beschloß trotz dieser Einwände einstimmig die Vorberatung der sozialistischen Vorlage.

Brüssel, 26. Jan. In der gestrigen Kammer-sitzung entpinn sich eine lebhafteste Debatte über die sozial Frage. Der Genosse Ansele warf den Genter Eisenmeistern und Gesellschaften vor, daß sie ihre Arbeiter um einen Theil ihrer Löhne planmäßig betrügen. Der katholische Deputierte Gemann, welcher Ansele unterbrach, wurde von dem Präsidenten die Sanftmuth zur Ordnung gerufen. Als Gemann darauf Ansele einen Zollhändler nannte, wurde er zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Darauf wurde an die Kammer appelliert, ob Gemann ermächtigt werden solle, sich über die Angelegenheit auszusprechen. Der Präsident bekräftigte diese Ermächtigung. Als sich jedoch die gesammte Rechte erhob, um dafür zu stimmen, daß Gemann sich auszusprechen solle, verließ der Präsident seinen Sitz und legte sein Amt als Präsident nieder, trotzdem ihn viele Deputirte dringend bitten, zu bleiben. Unter lebhafter Bewegung wurde die Sitzung aufgehoben.

Frankreich.

Paris, 28. Januar. Ein Ministerium Ribot ist gebildet. Dasselbe setzt sich wie folgt zusammen: Ribot, Präsidium und Finanzen, Trarieux, Justiz, Ganot, Aumart, Legues, Jaurès, Poincaré, Unterrichts, Dupuy du Loir, Arbeiten, Andre Lebou, Dandel, Godeau, Aderbau, Chautemps, Kolonien, General Jamont, Krieg, Admiral Besnard, Marine.

Paris, 28. Januar. Die Kammer tritt heute zusammen, um die Verlesung der Vorlage des neuen Präsidenten entgegenzunehmen. Abgeordneter Goblet wird über die Amnestie interpellieren, doch wird die Interpellation zwecklos sein, da heute in der Kammer eine Amnestie mit Einschluß des Rechts und des sozialistischen Pariser Abgeordneten Gerault-Richard kumbegeben wird. Man glaubt jedoch, daß heute die ministerielle Erklärung in der Kammer bereits erfolgen werde.

Rußland.

Petersburg, 28. Jan. Der Minister des Auswärtigen, von Giers, ist am Sonnabend Abend in Petersburg gestorben.

Amerika.

Newyork, 27. Jan. Der Ausbruch der Tramway-angeschlossen von Brooklyn dauert fort. Die Weigerung der Tramway-Gesellschaften, die schwebenden Streitigkeiten einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, hat die Volkssympathie gänzlich den Ausständigen zugewendet. Von vielen Arbeitern

1. 4 Geschäfts-Empfehlung.

Meine Vertretung einer bedeutenden
Berliner

Uhren-Fabrik

bringe einem verehrlichen Publikum noch-
mals zur gefälligen Kenntniss. Ich bin
in der Lage, konkurrenzlos das Beste
und zugleich Billigste in dieser Branche
zu liefern und bitte daher um gütigen
Zufpruch.

Gleichzeitig mache bekannt, daß

Reparaturen

an Uhren wie sämtlichen mechanischen
Musikwerken prompt und sehr billig
ausgeführt werden.

H. Coldewey

Tonndelch, Schmidtstr. 11.

Sämmtl. Wollsachen

so wie

Unterzieheuge

für Kinder und Erwachsene
geben jetzt zu und unter Einkaufs-
Preisen ab

Joh. C. Michaels & Sohn.

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Schwarze und farbige

Kleiderstoffe

für die

Konfirmation

in glatt und genestert, aus
reiner Wolle, doppelt breit
Meter von 65 Pf. an.

Massen-Auswahl

in sämtlichen Qualitäten
bis zu den hochfeinsten,
eleganteften Sachen.

Oldenburg.

Empfehle mich zur Anfertigung aller
Art von

Herren-Garderobe

unter prompter Bedienung zu realen
Preisen. — Proben sind stets zur
Verfügung.

Jacob Klein,
Boggenburg 31.

Arbeiter-Turnverein „Phönix“.

Einladung

zu dem am Freitag den 8. Februar im Vereins- und
Konzertsaal „Zur Arche“ stattfindenden

II. Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, Freiübungen, Schauturnen,
humor. u. ernsten Vorträgen u. Aufführungen,
Pyramiden sowie nachf. Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf. Ball 75 Pf.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 30 Pf. bei den
Herren Heilemann (Festlokal), Cornelius (am Markt),
Buddenberg (Marktstr.) sowie bei sämtlichen anderen
Mitgliedern zu haben.

Der Vorstand.

50 Pfennig-Bazar

21 Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Parkierung gegenüber.

Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haushalts-
Gegenständen, Luxusartikeln und Spielwaren etc. etc.
Vorzügliche abgelagerte Cigarren sowie preiswerthe Roth- und Weißweine.

Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung M. Kariel

Wilhelmshaven, Neue Wilhelmshav. Strasse 1.

Meine Herren- u. Knaben-Garderoben
zeichnen sich durch ganz besonders
schneidige Façons,
außergewöhnlich gute, elegante Stoffe, saubere
und haltbare Näharbeit aus. Ich verkaufe mit sehr
geringem Nutzen, meine Preise sind anerkannt
außerordentlich billig.

Auf jedem Etikette sind die Preise in Mark und
Pfennig deutlich sichtbar, ein Vorschlagen ist daher
gänzlich ausgeschlossen und bürge die festen
Preise für streng reelle Bedienung.

Parfüms

in verschiedenen Gerüchen, in Flaschen und lose,

Medizin. und Toilette-Seifen

erhältlich die

Drogerie zum rothen Kreuz,
Werftstraße.

Zu vermieten

zum 1. Februar eine dreiräumige
Oberwohnung in der Neuen Wilhelmshav.
Straße 59.

Näheres bei Willer daselbst.

Zu vermieten

im Auftrag eine dreiräumige Ober-
wohnung in Sedan zu 90 Mk.

J. Wehen, Sedan.

Das Pfand- und Leih-Geschäft

von

J. H. Paulsen,

Bant, verl. Koonstraße,

empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln,
Sitten, Uhren, Gold- und Silber-Sachen,
Herren- und Damen-Garderoben,
— sowie —

sonstigen Gegenständen aller Art.

Soeben erschien bei uns:

Die allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Beseitigung.

Von **C. O. Schmidt.**

3 Bogen 8° in elegantem Umschlag.
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

In 12 Kapiteln legt der Verfasser die
Ursachen der Arbeitslosigkeit und aller
ihrer Begleiterscheinungen populär dar,
erörtert dann im zweiten Theil die Mittel
der theilweisen Abhilfe in der heutigen
Gesellschaft und führt aus, wie nur mit
der Beseitigung der heutigen Wirtschafts-
weise dieses soziale Gelpst der modernen
Zeit gebannt werden könne. Wir em-
pfehlen dieses zeitgemäße Schriftchen bestens.

Einbanddecken zur „Neuen Welt“

nebst Inhalts-Verzeichniß empfehlen mit
Golddruck Mk. 1.—, mit Schwarzdruck
Mk. 0,80. Porto 20 Pf.

Oldenburg.

Bei mir ist zu haben:

Umschurz und Sozialdemokratie.

Sämmtliche Reden bei der Umschurzdebatte
im Reichstage nach amtlichem Stenogramm

2 Bände à 15 Pf.

J. Diermann.

Wir empfehlen unsere hochfeinen,
nur aus Malz, Hopfen und Wasser
hergestellten

hellen und dunklen

Lager-Biere

in Gehinden und Flaschen zu den
billigsten Preisen.
Wiederverkäufern können wir als
Produzenten besondere Vorteile
bieten.

St. Johanni- Brauerei.

Contor: Altekraße 4.

Zu vermieten

mehrere kleine Wohnungen auf so-
fort und zum 1. Mai.

A. Gayle, Neubremen, Grenzstr. 50.

Die Beeridigung

unseres lieben kleinen Enkels und Neffen
Richard Rosenbad findet Donnerstag
Nachmittag 2 1/2 Uhr von Schloßherstr. 18
aus statt.

Familie Vohl.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachmittag 3 1/2 Uhr traf
uns der harte Schlag, unsere kleine
liebe

Johanne

im Alter von 10 Monaten 9 Tagen
nach langem schwerem Leiden durch
den Tod zu verlieren. Dies zeigen
wir allen Freunden und Bekannten
mit der Bitte um stilles Beileid an.

Tonndelch, 29. Januar 1895.

Heinrich Janßen u. Frau
nebst Tochter.

Die Beeridigung findet Donnerstag
Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause,
Berl. Güterstraße 5, aus statt.

Wulf & Francksen



Ausstellung fertiger Betten

Einschläfige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25
Unterbett 10,25
2 Kissen 7,—

Mt. 27,50

zweischläfig Mt. 31,—

Einschläfige Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50
Unterbett 13,50
2 Kissen 9,—

Mt. 36,—

zweischläfig Mt. 40,50

Einschläfige Betten Nr. 11

aus rothem, der roth-roia Atlas
mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50
Unterbett 17,50
2 Kissen 10,—

Mt. 45,—

zweischläfig Mt. 50,50

Einschläfige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunens-
körper, Unterbett aus roth. Atlas
mit 16 Pfund Daunens u. Federn.

Oberbett 22,—
Unterbett 20,50
2 Kissen 12,—

Mt. 54,50

zweischläfig Mt. 61,—

Verantwortlich für die Redaktion: i. B. Karl Schicht, Druck und Verlag von Paul Ung, Beide in Bant.